



Barbara Lochbihler

Sommer Newsletter

Alle Neuigkeiten auf einen Blick



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament



Inhalt

- 3 · Die großen Herausforderungen
· Menschenrechtsausschuss bleibt untergeordnet
· Zahlreiche Menschenrechtsverbrechen in Eilresolutionen verurteilt
- 4 · Handabdrücke für Kinderrechte
· Strafverfolgung von Angriffskriegen: Mehr Rechte für Haager Richter
· Pakistani dürfen abgeschoben werden
- 5 · Mehr Infos für Menschenrechte
· Schwierige Diplomatie: die Iran-EU-Delegation des Europäischen Parlaments
- 6 · Twitter, Facebook und die Grüne Bewegung
· Strukturen der Vereinten Nationen müssen reformiert werden
- 7 · Drittländer-Beziehungen der EU sollen anders gestaltet werden
· Internationaler Frauentag: Veranstaltungen in Brüssel
· Kolumbiens Geheimdienst im Europäischen Parlament
- 8 · Keine Abschiebung von Roma in den Kosovo
- 9 · Europa bei uns: mein Regionalbüro in Kaufbeuren
- 10 · Keine Genkartoffeln auf unsere Äcker!
· Die Highlights nach dem Sommer

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Jahr Europaparlament, ein Jahr mit vielen Aktivitäten. In diesem „Sommer-Newsletter“ möchte ich die Gelegenheit nutzen und einen etwas ausführlicheren Blick auf die ersten zwölf Monate meiner Arbeit im Brüsseler Parlament werfen.

Die großen Herausforderungen

Unsere GRÜNE-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) war schon wenige Monate nach Beginn der Legislaturperiode im Herbst 2009 damit konfrontiert, dass eine neue EU-Kommission gebildet wurde. Der personellen Besetzung der Kommission stimmten wir letztlich nicht zu, dennoch arbeiten wir jetzt kritisch-konstruktiv mit den jeweiligen Kommissaren zusammen.

Erleichtert haben auch wir auf das positive Ergebnis des irischen Referendums zum Lissabon-Vertrag reagiert. Nun verbringen wir einen gewichtigen Teil unserer Zeit damit, die sich daraus ergebenden stärkeren Mitspracherechte des Parlaments in die Tat umzusetzen. Zum Beispiel, wenn es um die Gestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) geht.

Das alles dominierende Thema war und ist jedoch die Finanz- und Währungskrise, die seit Herbst 2009 von den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament ein geeintes Vorgehen und einschneidende Veränderungen verlangt. Nur so kann der Euro gerettet und die gemeinsame Wirtschaftspolitik vertieft werden. Gelingt das nicht, ist das gesamte europäische Projekt gefährdet.

Ich nehme als Menschenrechtspolitikerin an fast allen Diskussionen der GRÜNEN/ EFA-Fraktion teil. Die meiste Zeit nutze ich aber, um menschenrechtliche Parlamentsinitiativen zu ergreifen, die europäische Iran-Politik zu beeinflussen und als bayerische Abgeordnete so oft wie möglich vor Ort die Europapolitik der GRÜNEN zu vertreten.

Menschenrechtsausschuss bleibt untergeordnet

Leider begann die Menschenrechtspolitik im neu gewählten EP 2009 mit einem Fehlstart. Zwar erhielten die GRÜNEN den Vorsitz des Menschenrechtsausschusses (DROI), konnten sich aber nicht mit der Forderung durchsetzen, diesen in einen Vollausschuss umzuwandeln. Der DROI bleibt damit weiterhin dem Auswärtigen Ausschuss untergeordnet, Menschenrechtsverletzung innerhalb der EU-Staaten können nicht behandelt werden. Damit wird die Bedeutung der Menschenrechtspolitik sowohl gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat als auch gegenüber den Gesprächspartnern aus außereuropäischen Ländern geschmälert.

Zahlreiche Menschenrechtsverbrechen in Eilresolutionen verurteilt

In den regelmäßig verabschiedeten Eilresolutionen des Parlaments zu dringenden Fällen von Menschenrechtsverletzungen hat das EP akute Menschenrechtsverletzungen u.a. in Thailand, Nordkorea, Burma, Simbabwe, Honduras, Mexiko, den Philippinen und dem Iran verurteilt. Die Liste könnte beliebig ergänzt werden und

wird leider zukünftig nicht kürzer werden. Das Parlament forderte in einer Resolution auch einen Exportstopp für Folterwerkzeuge. Die Mitgliedsländer müssen wirksame Kontrollen durchführen, damit keine Fußfessel und kein Pfefferspray in Länder exportiert wird, in denen Folter an der Tagesordnung ist.



Amnesty-Einsatz für Kinderrechte

Handabdrücke für Kinderrechte

135 Handabdrücke für Kinderrechte übergab die Amnesty-Gruppe aus Lörrach am 17. Mai in Brüssel. In der begleitenden Petition wies die Gruppe darauf hin, dass kein Kind unter 18 Jahren in die Armee eingezogen werden darf. In einem anschließenden Gespräch ging es darum, dass die EU im Rahmen ihres Finanzierungsprogramms für Demokratie und Menschenrechte auch Projekte zur Reintegration ehemaliger Kindersoldaten fördert.

Strafverfolgung von Angriffskriegen: Mehr Rechte für Haager Richter

Im Rahmen einer EP-Delegation nahm ich Ende Mai/Anfang Juni an der Überprüfungskonferenz des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Kampala/Uganda teil. In zähen Verhandlungen rangen die VertreterInnen bis zuletzt darum, ob und wie das Verbrechen des Angriffskrieges in die IStGH-Statuten aufgenommen werden soll. Schließlich wurde eine solche Aggression als ein Verbrechen definiert, die, veranlasst durch einen militärischen oder politischen Führer, in ihrem Charakter, ihrer Schwere und ihrem Ausmaß eine Verletzung der UN-Charta darstellt. Wenn ein solches Verbrechen vorliegt, kann der UN-Sicherheitsrat nun die strafrechtliche Verfolgung an die Haager Richter überweisen. Die Möglichkeit der Verfolgung von Angriffskriegen ist ein Signal an die Täter in der Politik und beim Militär: Sie können nun persönlich für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Positiv ist zudem, dass die Anwendung einiger perfider Waffen künftig auch dann verfolgt wird, wenn diese in internen Auseinandersetzungen angewandt werden. Bisher galt dies nur für internationale Konflikte.

Pakistaner dürfen abgeschoben werden

Keinen Erfolg hatten die GRÜNEN bei der Abstimmung über ein Rückführungsabkommen mit Pakistan. Obwohl es menschenrechtliche Bedenken gibt, haben die Fraktionen von Konservativen und Sozialdemokraten im Auswärtigen und im Justizausschuss dafür gestimmt, Flüchtlinge zukünftig nach Pakistan abzuschieben. Das Land hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet.

Mehr Infos für Menschenrechte

In Zusammenarbeit mit der Organisation Euvatures haben wir eine CD mit einer Aufstellung der EU-Förderprogramme im Bereich Demokratie und Menschenrechte erarbeitet. Die CD ist kostenfrei in unserem Büro erhältlich. Gleiches gilt für eine kleines Heft zur EU-Grundrechtecharta.



In einem Beitrag für die Heinrich-Böll-Stiftung habe ich die EU-Menschenrechtspolitik ausführlich und kritisch unter die Lupe genommen: www.boell.de/internationalepolitik/europatransatlantik/europa-transatlantik-europaparlament-menschenrechte-status-9217.html

Schwierige Diplomatie: die Iran-EU-Delegation des Europäischen Parlaments

Am 29. September 2009 hat sich die EU-Iran-Delegation konstituiert und ich wurde zur Vorsitzenden ernannt. Dieses interparlamentarische Gremium soll den Dialog mit den Abgeordneten des iranischen Parlaments (Majlis) und mit Vertretern der Zivilgesellschaft des Landes führen. Einmal im Monat trifft sich die Delegation und beschäftigt sich mit der politischen Lage in der Islamischen Republik, den Beziehung des Landes zur EU und nicht zuletzt mit der Menschenrechtssituation.

Regelmäßig sind die unterschiedlichsten Gesprächspartner zu Gast. So luden wir den Botschafter des Iran in Brüssel ebenso ein wie die iranische Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Shadi Sadr oder den Menschenrechtsaktivisten Akbar Ganji. Über das im iranischen Parlament anhängige Gesetz zum Schutz der Familie informierte die Frauenrechtsaktivisten Roya Kashefi, über die wirtschaftliche Situation sprach Daniel Bernbeck, der Direktor der Deutsch-Iranischen Handelskammer in Teheran.

Natürlich spielen immer wieder die Sanktionen eine Rolle, mit denen die internationale Gemeinschaft das Teheraner Regime zu einem Kurswechsel in der Atompolitik zwingen will. So auch, als der iranische Außenminister Manouchehr Mottaki im Juni das Parlament besuchte. In einer gemeinsamen Sitzung der Iran-Delegation und des Auswärtigen Ausschusses musste er den sehr kritischen Fragen über die Menschenrechtsverletzungen und das Nukleardossier Rede und Antwort stehen.

Eine für Anfang Januar geplante Reise der Delegation in den Iran wurde leider von Teheraner Seite kurzfristig verschoben.



Neue Medien im Iran: Rouzbeh Parsi, Giuseppe Busini, Lucie Morillon, Barbara Lochbihler und Pooneh Ghoddoosi auf der Konferenz

Twitter, Facebook und die Grüne Bewegung

Welchen Einfluss haben neue Medien auf Protestbewegungen? Am Beispiel Iran beschäftigte sich eine von mir im Parlament veranstaltete Konferenz am 1. Juli mit dieser Frage. You Tube, Twitter, Skype und andere digitale Kommunikationsmittel haben die oppositionelle „Grüne Bewegung“ entscheidend gestärkt. Zugleich bedient sich das Regime ebenfalls der technischen Möglichkeiten, um Oppositionelle zu kontrollieren und zu zensieren. Dieses Wechselverhältnis diskutierten iranische Blogger, Journalisten und Vertreter von NRO. Die Konferenz wurde in englisch und farsi im Netz live gestreamt:

www.greenmediabox.eu/archive/2010/07/01/iran/

Strukturen der Vereinten Nationen müssen reformiert werden

In der Parlamentarischen Arbeitsgruppe für die Beziehungen zu den Vereinten Nationen, in der ich Mitglied bin, haben wir im März einen Bericht für den Auswärtigen Ausschuss (AFET) erarbeitet, der dort mehrheitlich angenommen wurde. Dieser Bericht formuliert Empfehlungen, die der Europäische Rat in die UN-Generalversammlung einbringen soll. Er spricht sich für eine engere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und interne UN-Reformen aus. Diese sind notwendig, damit die Vereinten Nationen im internationalen System bestehen und agieren können. Die Entscheidungsfindung muss verbessert, der UN-Menschenrechtsrat, der UN-Sicherheitsrats und die UN-Vollversammlung müssen demokratisiert werden. Mir war es zudem besonders wichtig, dass die weltweite Abschaffung der Todesstrafe, das absolute Folterverbot und die Unterzeichnung des Protokolls zur Unterzeichnung der Konvention zur Abschaffung der Folter in die Empfehlungen aufgenommen werden.

Drittländer-Beziehungen der EU sollen anders gestaltet werden

Im Rahmen meiner Arbeit im AFET war ich verantwortlich für das Verfassen einer Stellungnahme für den Handelsausschuss des Parlaments zur Reform der außenpolitischen Instrumente der Europäischen Union. Zum Verständnis: Bereits 2006 hat die Europäische Union eine umfassende Reform ihrer außenpolitischen Instrumente beschlossen. Die zuvor existierenden rund dreißig Verordnungen wurden in acht Instrumenten zusammengefasst. Alle Beziehungen mit Dritt-Ländern, die nicht die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik betreffen, sollten nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission durch ein großes Instrument für Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit abgedeckt werden. Es handelte sich um die Länder Asiens, Lateinamerikas und des erweiterten Mittleren Ostens.

In der neuen Legislaturperiode hat die Kommission nun einen konkreten Vorschlag präsentiert. Um nicht in die Zeiten zurückzufallen, in denen eine Flut von Verordnungen die Außenbeziehungen völlig unübersichtlich machte, sieht der jetzige Entwurf vor, das bereits existierende Instrument für die Zusammenarbeit mit Industrieländern (ICI+) umzugestalten. Dessen Tätigkeit soll von der Handels- und Industrieförderung im Interesse der EU zu einer ganzheitlichen außenpolitischen Politik ausgeweitet werden.

Da es bei dieser Verordnung um ein Mitentscheidungsverfahren handelt, befinden wir uns derzeit in einem Trilogverfahren mit Kommission und Rat. Vom Ergebnis dieser Trilogverhandlung hängt ab, ob es zu einer direkten Einigung mit Rat und Kommission kommt oder ob die Verordnung zu einer ersten Lesung ins Plenum weitergeleitet werden muss.

Internationaler Frauentag: Veranstaltungen in Brüssel

Über 40 Frauen aus mehreren europäischen Ländern und Brüssel kamen in der ersten März-Woche ins Europäische Parlament, um sich an unserer Veranstaltungsreihe zum Thema „Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten“ zu beteiligen. Gemeinsam mit der Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale organisierte mein Büro dieses Seminar anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Verabschiedung der UN-Resolution 1325. Dort wurde erstmals verbindlich festgehalten, dass der Schutz von Frauen in Krisenregionen und deren politische Beteiligung an Friedensprozessen unterstützt werden muss.

Jeannine Mukanirwa aus der Demokratischen Republik Kongo und Dr. Monika Hauser, Gründerin von Medica Mondiale und Trägerin des Alternativen Nobelpreises, nutzten die Gelegenheit, um im EP-Menschenrechtsausschuss die Tatenlosigkeit internationaler Institutionen zu kritisieren. Abgerundet wurden die Debatten, das Round-Table-Gespräch und die anderen Veranstaltungen durch eine Fotoausstellung von Medica Mondiale, die Bilder von Frauen aus dem Nordkongo zeigen.

Kolumbiens Geheimdienst im Europäischen Parlament

Was treibt der kolumbianische Geheimdienst (DAS) im Europäischen Parlament? Eine etwas ungewöhnliche Frage, die aber ihren handfesten Grund hat: Ende April 2010 veröffentlichte die kolumbianische Wochenzeitung „La Semana“ Unterla-

gen der Staatsanwaltschaft des Landes, die bestätigen, dass der DAS mit illegalen Mitteln gegen die Arbeit internationaler Menschenrechtsinstitutionen vorgeht. Im Visier war demnach auch der EP-Menschenrechtsausschuss. Offenbar haben die „Geheimen“ auch Listen angelegt, auf denen EP-Parlamentarier je nach ihrer Haltung gegenüber der kolumbianischen Regierung aufgeführt sind. Bogotá muss nun offen legen, was der DAS in Europa genau treibt. Bevor diese Affäre nicht aufgeklärt ist, darf das EP dem mit Kolumbien und Peru schon beschlossene Freihandelsabkommen kein grünes Licht geben.



Besuch einer Roma-Familie im Kosovo

© Markus Bickel

Keine Abschiebung von Roma in den Kosovo

Als ich im Februar in den Kosovo reiste und dort mit Unterstützung des UN-Kinderhilfswerks UNICEF mit Politikern, NGO- und Roma-Vertretern sprach, konnte ich mir selbst ein Bild von den Zuständen in der Region machen. Vor allem für Kinder der Roma ist die Situation extrem schwierig. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum die deutsche Regierung in den nächsten Jahren 12000 Roma in die Region abschieben will.

Auch eine Anfang Juli veröffentlichte UNICEF-Studie bestätigt: Die zwangsweise Rückführung von Roma-Kindern in den Kosovo widerspricht den Vereinbarung der UN-Kinderrechtskonvention. Etwa die Hälfte der 12000 Roma, die abgeschoben werden sollen, sind Minderjährige. Zwei Drittel von ihnen sind hier geboren und aufgewachsen. Ihre Heimat ist Deutschland, der Kosovo ist ihnen fremd. Sie sprechen weder serbisch noch albanisch und haben allein deshalb keine Chance, sich in der Schule und in der Gesellschaft zu integrieren. Eine ausreichende Gesundheitsversorgung existiert für sie ebenso wenig wie ein berufliche Zukunft.



© Büro Lochbihler

Offen für Bürgeranfragen: Doris Wagner im Europabüro

Wer unter diesen Bedingungen Kinder und Jugendliche in den Kosovo abschiebt, verdammt die jungen Menschen zu einem Leben in Armut, Angst und Perspektivlosigkeit. Die Bundesregierung muss deshalb die Rückführungsverfügung für Roma aussetzen. In der Pflicht stehen aber auch die Länder: allein aus Nordrhein-Westfalen sollen über 3700 Roma abgeschoben werden. Mit einem sofortigen Abschiebestopp könnte die rot-grüne Düsseldorfer Landesregierung einen Kontrapunkt gegen diese Politik setzen.

Europa bei uns: mein Regionalbüro in Kaufbeuren

Im Oktober eröffnete ich mein Regionalbüro in Kaufbeuren. Seither ist es jeden Donnerstag für BürgerInnen und ParteifreundInnen geöffnet, meine Mitarbeiterin Doris Wagner freut sich über die Anfragen der Menschen vor Ort. Regelmäßig organisieren wir in unserem Europabüro Veranstaltungen. So zum Beispiel die Gesprächsreihe „Europa bei uns“, in der wir zuletzt über EU-Fördermaßnahmen im Ostallgäu informiert haben. Ebenfalls in dieser Reihe werden wir am 22. Juli u.a. mit der bayrischen GRÜNEN-Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Theresa Schopper über „Gesundheit jenseits der Grenzen“ sprechen. An dieser Stelle geht ein besonderer Dank an die ParteikollegInnen aus Kaufbeuren und dem Ostallgäu, die uns sehr geholfen haben, in Kaufbeuren mit unserem Büro heimisch zu werden.

Wir wollen uns mit dem Regionalbüro im Kaufbeurer Stadtleben integrieren. Also finden dort auch Vernetzungstreffen mit Initiativen und Organisationen vor Ort statt. Ebenso nehmen wir aktiv am Festival der Vielfalt in Kaufbeuren teil und informieren in Lesungen und Diskussionen etwa über die politischen Aspekte der Wasserfrage im Rahmen des Jahrs des Wassers.

Auch andere PolitikerInnen finden dort ihren Platz. Die GRÜNE-Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz wird im September in einer Gesprächsreihe über kommunalpolitische Themen sprechen. Schon im Juli besucht die GRÜNEN-Vorsitzende Claudia Roth das Kaufbeurer Tänzelfest. Im Regionalbüro wird sie den Auftakt für eine Unterschriftsammlung der Kaufbeurer sowie der Ost- und Unterallgäuer gegen den „Ausstieg vom Ausstieg“ aus der Atomenergie geben.

Aber natürlich besuche ich auch Organisationen, Einrichtungen und Parteigliederungen über Kaufbeuren hinaus und vernetze mich in ganz Bayern. Um nur ein Beispiel zu nennen: Anfang Juli besuchte ich die Flüchtlingsunterkunft in Landshut, wo künftig neue Gebäude die bisherigen Holzbaracken ersetzen sollen. Außerdem gibt es, auch unter dem Titel „Europa bei uns“, zwei Mal jährlich ein Fachgespräch im Bayerischen Landtag. Für den 10. September haben wir eines zur EU-Donaustategie geplant.

Ein Highlight sind die politischen Bildungsreisen nach Brüssel und Straßburg, die über mein Büro organisiert und von Doris Wagner begleitet werden. Wir besuchen das Parlament und andere Einrichtungen. Die letzte Brüssel-Reise hat uns u.a. in die Bayerische Vertretung und ins Büro der Bayerischen Kommunen geführt.

Keine Genkartoffeln auf unsere Äcker!

Anfang März genehmigte der EU-Gesundheitskommissar John Dalli den Anbau der Gen-Kartoffel Amflora - und drei Wochen später erklärte Greenpeace: die Zulassung ist rechtswidrig, weil die Auswirkung der Pflanze auf Mensch und Umwelt nicht ausreichend geprüft wurde. Klar ist: durch die Aussaat können gewöhnliche Kartoffeln kontaminiert werden. Amflora wird nur zur Produktion von Stärke für industrielle Zwecke benutzt. Mittlerweile gibt es aber auch natürliche Kartoffeln, die diesen Zweck erfüllen. Dallis Zulassung ist also offensichtlich eine Gefälligkeitsentscheidung für den Amflora-Hersteller BASF.

Bislang pflanzt das Chemie-Unternehmen die Gen-Kartoffel nur in Mecklenburg-Vorpommern an. Doch vieles deutet darauf hin, dass die EU-Entscheidung auch in anderen Regionen Auswirkungen haben wird. Schon jetzt brüstet sich BASF damit, dass Amflora Europas Position auf dem internationalen Markt stärken werde. Eine Ausweitung der Produktion ist also zu befürchten, zumal auch die CSU-Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner das „Signal“ Dallis begrüßte. Die Botschaft ist eindeutig: Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz sind in der EU weniger Wert als die Interessen der Gentechnik-Industrie. Diese Entwicklung werde ich in Brüssel kritisch beobachten.

Die Highlights nach dem Sommer

Im Menschenrechtsausschuss bin ich zur Berichterstatteerin über die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX bestimmt worden. Am 14. September werden wir zu diesem Thema eine NGO-Anhörung organisieren. Auch die Erarbeitung des neuen Iran-Berichts des Auswärtigen Ausschusses werde ich kritisch begleiten.

Die EU wird noch im Jahr 2010 eine Donaustategie verabschieden. Was wir GRÜNEN von diesem Projekt halten, werden wir am 10. September im Bayerischen Landtag in München auf einer ganztägigen Veranstaltung diskutieren.

Im Rahmen eines Jour-Fix in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin werde ich an einer Veranstaltung über die Ergebnisse der Kampala-Überprüfungskonferenz zum Internationalen Strafgerichtshof sprechen.

Für den Dezember bereiten wir zwei Fraktionsanhörungen vor: am 10. 12. zur europäischen Menschenrechtspolitik, am 9. 12. zu grüner europäischer Migrationspolitik.

Last but not least wird im Oktober, 15 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking, eine Broschüre von mir erscheinen, die sich mit den frauen-friedenspolitischen Themen von damals und heute beschäftigt. Eine anregende Broschüre, die im Büro bestellt werden kann.

Vielen Dank!

Nach knapp einem Jahr im Europaparlament möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die mir den Einstieg in die Parlamentsarbeit erleichtert haben: meinen MitarbeiterInnen in Brüssel, Straßburg, Bayern und Berlin, den GRÜNEN-KollegInnen in Parteigremien in Bund, Land und Region, sowie den vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen in ganz Europa.

Ebenso gilt mein Dank all jenen, die interessiert und aktiv meine Tätigkeit im Europäischen Parlament beobachten und mit Anregungen und Kritik bereichern. Ich vertraue darauf, dass wir im Herbst weiter so gut zusammen wirken werden.

Ihnen allen wünsche ich einen schönen, erholsamen und freudvollen Sommer!

Barbara Lochbihler



Impressum:

Barbara Lochbihler
Regionalbüro Kaufbeuren
Ludwigstraße 38
87600 Kaufbeuren
www.barbara-lochbihler.de

Wollen Sie den Newsletter beziehen?
barbara.lochbihler@europarl.europa.eu

Gestaltung

Marco dos Santos Pina
Diplom Designer
www.santospina.com